



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

StuPa-Präsidium

Frau Solveig Klebert
Frau Kristin Krebs
Herr Erik Bamfaste

Max-Horkheimer-Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, den 25.05.2023

Protokoll der 6. Ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 06. September 2023

Beginn: 18:11 Uhr

Ende: 22:10 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro (ME04)

Redeleitung: Kristin Krebs

Protokoll: Solveig Klebert

Anwesende Parlamentarier*innen: Kristin Krebs, Solveig Klebert, Cornelis Lehmann (Vertretung für Erik Bamfaste), Lio Buß (Vertretung für Ella Lebherz), Lilith Wemper, Luca Storms, Joshua Gottschalk, Kai Radant, Joshua Vohwinkel, Florian Mörschler (Vertretung für Janis Oberndörfer), Vincent Flottmeyer, Alexander Beeck, Felix Pestke, Felix Wurm, Ida Reddemann, Selin Akdag, Ronja Stapper, Marcel Klein

Abwesende Parlamentarier*innen: Erik Bamfaste (entschuldigt), Henry Palmgren, Jana van Helden

Anwesende Personen aus dem AStA und Gäste: Lea Hochkirchen, Megan Zipse, Simon Villa Ramirez, Herr Schönborn und Herr Warneke (Anwälte)

TOP 1 Begrüßung und Regularien

Kristin Krebs eröffnet die Sitzung um 18:11 Uhr.

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Parlament ist mit 19 anwesenden Parlamentarier*innen beschlussfähig.

Kristin schlägt die folgende Tagesordnung vor:

- TOP1 Begrüßung und Regularia
- TOP2 Festlegung eines Wahltermins für die StuPa-Wahl
- TOP3 Wahl von Mitgliedern in den Wahlausschuss
- TOP4 Gespräch mit Herrn Schönborn zum Stand des Semestertickets
- TOP5 Haushaltsnachträge 2022/23
- TOP6 Haushalt 2023/24
- TOP7 Berichte aus den Gremien
- TOP8 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP9 Anträge
- TOP10 Sonstiges und Termine

Go Antrag Änderung Tagesordnung von Kristin, um das Gespräch mit Herrn Schönborn vorziehen. Keine Gegenrede. Neue TO wie folgt:

- TOP1 Begrüßung und Regularia
- TOP2 Gespräch mit Herrn Schönborn zum Stand des Semestertickets
- TOP3 Festlegung eines Wahltermins für die StuPa-Wahl
- TOP4 Wahl von Mitgliedern in den Wahlausschuss
- TOP5 Haushaltsnachträge 2022/23
- TOP6 Haushalt 2023/24
- TOP7 Berichte aus den Gremien
- TOP8 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP9 Anträge
- TOP10 Sonstiges und Termine

Die neue Tagesordnung wird mit 18/0/1 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen

*Das Protokoll der letzten Sitzung, vom 02.08.2023 wurde zusammen mit dem Protokoll und der Empfehlung des Haushaltsausschusses rumgeschickt und zur Kenntnis genommen.
Das Protokoll der StuPa-Sitzung vom 02.08.2023 mit 12/0/7 angenommen.*

TOP2 Gespräch mit Herrn Schönborn zum Stand des Semestertickets

Herrn Schönborn stellt sich vor. Er hat in den letzten Monaten an dem Gutachten bezüglich des Semestertickets gearbeitet. Er ist hier, um seine Arbeit zu erklären, die Ergebnisse des Gutachtens vorzustellen und möchte mögliche Fragen der Parlamentarier*innen beantworten.

Einmal die Rechtsfrage: Warum ist die Prüfung rechtlich relevant?

Der Semesterbeitrag besteht zu einem großen Teil aus dem Mobilitätsbeitrag, also dem Semesterticket. Das Deutschlandticket als günstige Alternative für ÖPNV-Nutzung ist problematisch, weil Der Semesterticket bisher ein Pflichtbeitrag war. Gegen das Ticket wurde vor einigen Jahrzehnten schon geklagt, weil einige Studierende gesagt hatten, dass sie das Ticket nicht brauchen. Die Klage wurde damals durch Bundesverwaltungsgericht abgelehnt. Die Uni Duisburg-Essen galt Herrn Schönborn als Orientierung des Gutachtens, ob man diesen Solidarbeitrag, also das Ticket, verlangen darf. Er sagt, dass die Argumente von damals auch heute noch gelten würden.

Die Zuständigkeit und die Ermächtigungsgrundlage seien klar geregelt. Problematisch ist das Äquivalenzprinzip und die Verhältnismäßigkeit, weil das Deutschlandticket so ein günstige Alternative für einzelne Studis ist. Die Flexibilität und der größerer Geltungsbereich müssen dagegen abgewägt werden, ob man verlangen könnte, dass alle für das Semesterticket zahlen. Dieser Pflichtbeitrag stellt rechtlich eine Rechtseinschränkung dar und jede Rechtseinschränkung muss juristisch gerechtfertigt sein. Daher muss vor allem geprüft werden, ob das Semesterticket im Vergleich noch Deutschlandticket noch verhältnismäßig ist.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte diese Verhältnismäßigkeit angenommen, weil es günstiger war als ein normales Monatsticket und deswegen die Klage der einzelnen Studierenden abgelehnt.

Heute stelle man sich die Frage der Verhältnismäßigkeit in Bezug auf das Äquivalenzprinzip; hat man im Vergleich zu dem, was man erlangt einen verhältnismäßigen Vorteil. Das Gutachten der Uni Münster käme zu einem ähnlichen Ergebnis, wie das von Herrn Schönborn selbst. Das Äquivalenzprinzip sagt, dass die Studierenden weiterhin nicht in Misskredit kommen, wenn sie das Semesterticket haben, wen es nicht die Alternative Deutschlandticket gäbe, müsste man sich gar keine Gedanken machen.

Vor dem Hintergrund des Deutschlandtickets müsse man sich die Frage stellen, wer eine Nachteil durch die Einführung des Tickets hat?

Die die einen größerer Geltungsbereich nutzen wollen, können die Upgrade-Funktion des Semestertickets nutzen und scheiden als potentiellen Kläger aus.

Die Frage der Haftung sei noch relevant: Wer könnte also verklagen?

Es bleiben nur die, die sagen sie nutzen den ÖPNV gar nicht. Aber die, die mit dieser Argumentation klagen wollen, müssten erstmal „beweisen“, dass sie den ÖPNV gar nicht nutzen. Sobald sie den ÖPNV mit dem Semesterticket genutzt haben, wird eine Klage schwierig; ihre Argumentation unglaubwürdig. Die Haftungsrisiken sind von Uni zu Uni unterschiedlich, diese Uni spezifischen Komponenten müssten individuell bewertet werden, bspw. Wuppertal als Pendleruni. Herr Schönborn denkt, dass die Studierendenvertretung die Belange ihrer Studierenden, die sie vertreten, am besten kenne.

Frage der Verhältnismäßigkeit: Einschätzungsprärogative sei nun, ob das Ticket noch dem studentischen Interesse diene.

Er sagt, dass das Ticket zwar nicht mehr so viel günstiger sei als das Deutschlandticket, aber immer noch günstiger; Preisvorteil also immer noch vorhanden. Abzuwägen sei nun der günstiger Preis und die monatliche Kündbarkeit des Deutschlandtickets gegen den etwas günstigeren Preis und das monatlich konstante Semesterticket.

Seine Empfehlung ist eine Umfrage an die Studierenden, um zu erfragen...

- Ob sie das Semesterticket nutzen
- Ob sie das Deutschlandticket nutzen
- Ob sie die Upgrade-Funktion des Semestertickets zum Deutschlandticket nutzen

Problematisch sind dann alle die, die das Semesterticket gar nicht nutzen und nur ab und an das Deutschlandticket nutzen, für weniger Geld und mehr Flexibilität

- Befragung würde nötigen rechtlichen Rückhalt geben
- Entscheidungsgrundlage auf Basis der Umfrage wäre rechtlich weniger anfechtbar

Rückfrage von Lio: Was, wenn der*die Arbeitgeber*in das Deutschlandticket zahlen würde und Studierende dann klagen, weil für sie mehr Kosten entstehen, weil sie trotzdem das Semesterticket zahlen müssen.

Herr Schönborn sagt, dass das vermutlich nicht so viele sein werden, weil Studierende systemisch nicht als Arbeitnehmer*innen vorgesehen sind, sondern eine eigene Statusgruppe, die der Studierende, bilden.

Lio sagt es gäbe einen Studi, der gerne mal sinnfreie Rechtsverfahren anstrebe, wie ein Beispiel einer Klage zum Parken am Busbahnhof des Hauptbahnhofes zeigt.

Herr Schönborn kritisiert grundsätzlich die Ablösung des Semestertickets als Solidarmodell.

Felix Pestke würde sich bezüglich des Themas Ablehnungsbescheide gerne nochmal mit dem Anwalt zusammensetzen.

Nun die Frage des Zivilrechts: Warum zivilrechtliche Seite beleuchten?

Die Frage der Haftung kam auf und Doppelbelastung des Haushaltes des AStAs. Denn es wird problematisch, wenn an den VRR gezahlt werden muss (für das Semesterticket) und auf der anderen Seite Rückerstattungen an Studierende, die klagen, weil sie das Ticket nicht benötigen und Recht bekämen. Dieser doppelten Verfügung muss entgangen werden.

Es darf keinen Erstattungsanspruch geben, also Beitragspflicht (Zahlung des Semestertickets als Voraussetzung sich an der Uni einzuschreiben) muss durch Einschätzungsgrundlage gegeben sein

Oder der AStA entbindet sich von der Pflicht dem VRR gegenüber und beendet den Vertrag.

Uni Düsseldorf hat wohl bereits angekündigt, dass sie das Ticket kündigen wollen. Was Herr Schönborn in erster Linie aber ein „rechtspolitisches Scharmützel“ nennt, um Druck auf den VRR auszubauen.

Hierbei gibt es mehrere Faktoren

- Eine ordentliche Kündigung hat eine ein Jahres Frist
- Eine außerordentliche Kündigung bedarf eines vertraglich geregelten Grundes, wie „Maßnahme untersagt“, wobei die Maßnahme die Beitragserhöhung wäre. Und dann müsste es erst ein rechtskräftiges Urteil geben, dass dies bestätigt, erst dann könnte man den Vertrag außerordentlich kündigen
- Er sagt, dass wir davon ausgehen sollen, dass die gesetzlichen Beendigungsmöglichkeiten noch zu den vertraglichen dazukommen werden, aber nicht unmittelbar, sondern erst dann wenn es ein erstes Urteil diesbezüglich geben wird, was allerdings dauern wird, da es durch mehrere rechtliche Instanzen wandern muss.

Lea hat eine Frage bezüglich der ordentlichen Kündigung.

Gesetzlich und vertraglich spricht nichts gegen eine ordentliche Kündigung.

Doch im Falle der BUW wurde das Semesterticket durch eine Urabstimmung von 1992 eingeführt und die Satzung des Studierendenparlaments gebietet, dass diese nur durch eine neue Urabstimmung geändert werden kann (oder vermutlich durch eine Änderung der Satzung diesbezüglich).

Darauf geht Herr Schönborn zu einem späteren Zeitpunkt noch ein.

Wichtig ist noch die Thematik Vertragsanpassung:

Der AStA als Vertragspartner hat gegenüber dem VRR das Recht, bestimmte Personen aus dem Vertrag ausklammern oder über Erstattungsregelung bestimmte Leute miteinbeziehen.

Also gäbe es die Möglichkeit potentielle Klägerinnen über VRR oder Erstattung zu privilegieren oder auszuklammern.

Lio erklärt, dass bezüglich Vertragsanpassung bereits anderen Unis in NRW versucht hätten mit dem VRR zu verhandeln, was dieser jedes Mal abgelehnt hätte – weder Verhandlung noch Anpassungen würde der VRR zulassen, mit der Begründung dies nicht selbst entscheiden zu können. Lio hält dies für unglaubwürdig, schließlich sei der VRR der Vertragspartner der Asten bezüglich des Semestertickets. Deswegen würden alle großen Unis kündigen wollen (Düsseldorf will jetzt kündigen, Dortmund hat sogar schon gekündigt).

Herr Schönborn erklärt, dass man sich dann die Frage stellen müsste, wie Druck aufgebaut werden könnte. Der VRR sähe wohl keine Handlungsnotwendigkeit. Daher sei eine angedrohte Kündigung eventuell ein legitimes Mittel zum Druck aufbauen, aber eine tatsächliche Kündigung dann wieder schwierig, weil nach der Kündigung eben gekündigt wurde. Sollten sich die Zustände irgendwann ändern und die BUW wolle den alten Vertrag zurück, wäre das nicht mehr möglich – gekündigt ist gekündigt.

Lea ergänzt von der Semesterticket-Konferenz, bei der Megan anwesend war, und dass der VRS im Gegensatz zum VRR schon einige Verträge angepasst habe und den Unis entgegengekommen sei.

Herr Schönborn zum Thema Urabstimmung:

Er wusste nichts von der Urabstimmung als Einführungsmethode des Semestertickets. Ihm wird die Satzung der Studierendenschaft vorgelegt, damit er die Kausalität der Kündigung des Semestertickets und der Einführung des Semestertickets durch eine Urabstimmung 1992 bestimmen kann.

Pause bis 19:05 Uhr damit die Satzung gesichtet werden kann.

Nach der Sichtung der Satzung und des Hochschulgesetz, vor allem Paragraph 53 Absatz 5 „Beschlüsse, die auf Urabstimmungen gefasst werden, binden wenn mindestens 20 Prozent der Studierendenschaft zugestimmt hat“ kommt er zu dem Schluss, dass die BUW an die Urabstimmung gebunden ist, also **eine Revision durch eine erneute Urabstimmung bestätigt werden muss.**

Joshua Gottschalk fragt nach der Möglichkeit das Ticket zu kündigen unter dem Punkt, dass die Studierendenvertretung dazu verpflichtet ist, Schadens von der Studierendenschaft abzuwenden. Ob dies ein Sonderkündigungsrecht auch ohne Urabstimmung begünstigen würde.

Lea gibt zu bedenken, dass der VRR schon anderen Asten mit Gerichtsverfahren gedroht hatte, im Falle von angestrebten Sonderkündigung. Sie möchte aber auch wissen, ob sich etwas an der Problematik ändert, dass der genaue Wortlaut der Urabstimmung nicht mehr auffindbar ist. Ob sich dadurch etwas ändert, kann man an etwas gebunden sein dessen Existenz nur vage belegt ist?

Herr Schönborn sagt ganz klar „Ja“! Die Bindung bleibt bestehen. Auch ohne den genauen Wortlaut ohne Urabstimmung zu kündigen, hält er für schwierig. Falls ein Studi klagt und sagt „Ihr duftet nicht kündigen, ich wollte doch aber das Ticket behalten“, dann könnte man rechtlich belangt werden, weil man eigentlich dran gebunden war – der Bindungswirkung zu entgehen also juristisch sowie politisch höchst problematisch.

Lio fragt nach der Beweislast und ob es eine Verjährungen gebe.

Herr Schönborn erwidert, **dass Beschlüsse, die durch Urabstimmungen gefasst wurden, nicht verjähren.** Zur Beweislast sagt er, dass das Gericht nur den Sachverhalt ermitteln muss, es gibt aber eine Darlegungspflicht. Richter*innen forschen nicht nach, dem genauen Wortlaut der Urabstimmung, wer klagt müsse seine Beweise vorlegen. Ein Gericht würde aber vermutlich aufgrund der „lebensnahen Auslegung“ und der Tatsache, dass man wisse, dass es eine Urabstimmung gegeben habe und ein Dokument zwar nicht den Wortlaut der Urabstimmung, wohl aber deren Existenz belegt, die Einführung des Tickets auf eine Urabstimmung zurückführen.

Ferner fragt Herr Schönborn, ob man sich von diesem bestehenden System lösen möchte und versuchen will die hochschulpolitischen Organe zum Umgehen.

Die Vorarbeit vor einer Urabstimmung ist groß, das wisse er. Er rät dazu erstmal eine Befragung durchzuführen, ob dies der Wille der Studierendenschaft ist („URABSTIMMUNG LIGHT“) als gewisse Entscheidungsgrundlage. Und wenn nichts Gegenteiliges rauskommt, dann sollte man nicht vorschnell ein bestehendes System aufkündigen, danach könne man nicht mehr in den gleichen Vertrag mit dem VRR zurück. Denn wie lange das Deutschlandticket bleibt – schließlich ist es erstmal nur für zwei Jahre finanziert und was, wenn eine neue Regierung gewählt wird, dann kann man nicht in einen gekündigten Vertrag zurück. Die Idee einer Kündigung hält er lediglich als ein Mittel zum politischen Druck aufbauen.

Felix Pestke fragt nochmal nach, ob eine außerordentliche Kündigung ohne Urabstimmung also nicht ratsam wäre, auch wenn die Verhältnismäßigkeit nicht mehr gegeben ist, weil der Studierendenbeitrag wieder angehoben werden müsste und man dann kündigen wollte, um den Schaden von der Studierendenschaft abzuwenden möchte; also die Beitragserhöhung.

Herr Schönborn sagt, dass die Urabstimmung dann trotzdem durchgeführt werden muss, weil so die studentisch-politischen Organe geschützt werden, diese würde man übergehen, wenn man keine Urabstimmung durchführen würde oder gar die Satzung ändern würde um einer Urabstimmung zu entgehen. Ferner sagt er, dass eine Schadensabwendung nicht mehr wiege als eine Urabstimmung, die einen bestimmten Zweck gehabt hatte. Die vorgebrachten „Praktikabilitätsgründe stehen dem nicht entgegen“. Er empfiehlt, frühzeitig eine Urabstimmung vorzubereiten, statt sich dieser zu entziehen.

Kristin merkt abschließend zu diesem TO-Punkt an, dass das Rechtsgutachten, das Herr Schönborn und Kollegen ausgearbeitet hatten, allen zugekommen ist, bei Fragen könne man sich an Lio wenden. Der wiederum sagt, dass es kein öffentliches Gutachten ist, also nicht veröffentlicht werden darf.

TOP 3 Festlegung eines Wahltermins für die StuPa-Wahl

Kristin schlägt **22. – 26. 01.2024** als Wahlwoche vor:
das wäre dann die vorletzte Vorlesungswoche im WiSe23/24.

Unbedingt einzuhalten ist die 90 Tage Frist. Erst müssen mindestens 7 und maximal 10 Mitglieder des Wahlausschusses gewählt werden, ab da muss bis zur Durchführung der Wahl noch mindestens 90 Tage Zeit sein.

Allgemein spricht sich das StuPa für die vorletzte statt letzte Semesterwoche aus, da in der letzten Woche schon viele Studis Klausuren schreiben und keine Zeit und Lust haben zu wählen.

Cornelis fragt nach der Problematik des Wahllisten-Verzeichnisses, ob dies dann erneut in den Weihnachtsferien eingereicht werden müsste.

Joshua Gottschalk merkt an, dass der Wahlausschuss letztes Jahr schon Möglichkeiten gefunden hatte, diese Thematik für die Listen und Listenverantwortlichen so angenehm zu gestalten wie möglich.

Solveig merkt an, dass es beim letzten Mal auch die Möglichkeit gab, die Unterschriften digital abzusenden.

Joshua Gottschalk ergänzt aber, dass das ein Beschluss des Rektorats sein muss.

Solveig erwidert, dass das auch dieses Mal möglich sein kann, wenn es doch schon mal funktioniert hat und dass sich das StuPa mit dieser bitte frühzeitig an den Wahlausschuss wenden sollte.

**Abstimmung über den Zeitraum vom 22. – 26. 01.2024 als Wahlwoche für die StuPa-Wahl 2024:
19/0/0: einstimmig angenommen**

TOP4 Wahl von Mitgliedern in den Wahlausschuss

Julian Heidinger stellt sich vor. Er war schon zwei Jahre stellvertretender Vorsitz des Wahlausschusses und könnte sich auch dieses Jahr vorstellen, dem Wahlausschuss stellvertretend oder vertretend vorzusitzen.

Joshua Gottschalk stellt Vanessa Wingert und Raphael Forens vor

Kristin stellt Leon Stank vor, er ist aktuell Mitglied des Haushaltsausschusses (HHA)

13 Minuten Pause, bis 19:43 Uhr.

Abstimmung der vier Kandidat*innen als Mitglieder des Wahlausschusses für die StuPa-Wahl 2024

Julian Heidinger 18/1/0
Leon Stank 12/2/5
Vanessa Wingert 18/1/0
Raphael Forens 17/2/0

Alle vier Kandidat*innen wurden gewählt. Leon, Vanessa und Raphael müssen ihre Wahl noch per Mail an das StuPa-Präs annehmen.

Selin stellt einen GO-Antrag auf Änderung der TO, als TOP 5 möge „Rassismus an der BUW“ ergänzt werden. Keine Gegenrede. Neue TO wie folgt:

TOP1 Begrüßung und Regularia
TOP2 Festlegung eines Wahltermins für die StuPa-Wahl
TOP3 Wahl von Mitgliedern in den Wahlausschuss
TOP4 Gespräch mit Herrn Schönborn zum Stand des Semestertickets
TOP5 Rassismus an der BUW
TOP6 Haushaltsnachträge 2022/23
TOP7 Haushalt 2023/24
TOP8 Berichte aus den Gremien
TOP9 Hochschule und Hochschulpolitik
TOP10 Anträge
TOP11 Sonstiges und Termine

TOP5 Rassismus an der BUW

Selin erläutert dem StuPa den Vorfall.
Anbei die Nachricht der Betroffenen:

Liebe Alle,

wir haben am Freitag, den 02.09.2023 um ca. 12 Uhr auf Ebene 10 in der Fachbibliothek gelernt.

Dort hat eine Dame, welche allein an den Gruppentischen saß, sich von unserer Anwesenheit gestört gefühlt.

Ich habe einmal von meinem Brot abgebissen (ich muss um die Mittagszeit Tabletten einnehmen und wollte das nicht auf leeren Magen machen).

Sie ist daraufhin komplett ausgerastet, hat angefangen den Kopf zu schütteln und immer lauter zu werden. Sie ist nach vorne zur Theke und hat sich beschwert bei der Bibliotheksmitarbeiterin. Diese kam daraufhin mit gemeinsam zurück und bat uns hier nichts zu essen.

Wir haben sie über den Sachverhalt aufgeklärt und uns bei beiden entschuldigt und sind den Anweisungen der Mitarbeiterin sofort gefolgt.

Die Dame hat nicht lockergelassen und weiter rumgeschrien. Alle Versuche sie zu beruhigen sind gescheitert. Als wir sie darauf hingewiesen haben uns nicht zu duzen und sich zu beruhigen hat sie uns gesagt:“ Halt die Fresse“. Während der gesamten Auseinandersetzung ist sie hektisch auf und ab gelaufen und hat ihre Sachen dabei zusammengepackt.

Daraufhin haben wir sie schockiert gefragt, warum sie das zu uns gesagt hat und was sie stört. Es folgten weitere Kommentare von ihr wie "geht zurück in euer Land, ihr gehört nicht hierher, das, was ihr hier macht, ist Terror! Ihr seid Terrorristen".

Die Mitarbeiterin stand einfach da und ging auch einfach zu ihrem Platz zurück, während wir weiter von der anderen Dame beleidigt worden sind.

Als die Dame gegangen ist, haben wir die Mitarbeiterin damit konfrontiert. Sie sagte uns, es sei eine private Sache zwischen uns und der anderen Dame. Damit hätte die Uni bzw. die Bibliothek nichts zu tun. Wir haben sie darauf hingewiesen, dass wir uns bedroht fühlen und Angst haben.

Obwohl der Mitarbeiterin die Dame und ihre Aktionen aus der Vergangenheit (die Bedrohung und Belästigung anderer Studenten) bereits bekannt waren, machte sie nicht den Eindruck uns helfen zu wollen. Erst nach mehreren Aufforderungen hat sie bei Frau Dr. Platz-Schliebs angerufen und uns ein Gespräch bei ihr vereinbart.

Anschließend sind wir zur Polizei und haben Strafanzeige gestellt.

Wir weisen Sie daraufhin, dass wir beide ein Kopftuch tragen und die Aussagen der Dame auf ein rassistisches Motiv schließen lassen. Wir fühlen uns nicht mehr sicher in der Bibliothek. Wir haben tatsächlich Angst dieser Dame in Zukunft zu begegnen und fürchten uns vor weiteren Aussagen von ihr. Ebenso befürchten wir nach diesem Auftreten körperliche Angriffe.

Megan stellt die Rückfrage, ob es sich um die Frau handele, die Leute in der Bib häufiger beleidigen würde und deswegen schon bekannt sei.

Das weiß Selin nicht, sollte aber herausgefunden werden.

Felix Pestke denkt auch an die Möglichkeit den Namen der Frau mit einer schon eingegangener absurden Hass-Mail zu vergleichen, bei der die Absenderin ihren Namen hinterlassen hatte.

Selin hält das für eine gute Idee.

Megan war beim Semestergespräch, bei dem der Kanzler Herr Kischgel gesagt hätte, dass die Mitarbeitenden schon sensibilisiert seien.

Lea ergänzt, dass die Diskussion im Semestergespräch nicht gut angenommen wurde und dass Sicherheit und sich sicher fühlen nicht dasselbe sei. Dies stieß auf wenig Verständnis des Rektorats. Die Lösung: Es soll ein Arbeitskreis gebildet werden.

Anmerkung der Protokollantin: wenn du mal nicht weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis

Rückfrage von Solveig, dass die Jusos dazu einen Antrag schreiben wollten, es so schnell nicht hinbekommen hatten und ob die Jusos diesen Antrag zur nächsten Sitzung schreiben sollen und ob Workshops für die Mitarbeiter*innen der Bib verpflichtend gemacht werden könnten, weil sich die Uni bei sowas gerne anstelle.

Felix Pestke sagt, dass eine arbeitsbezogene Fortbildung sehr wohl verpflichtend gemacht werden kann. Dabei handele es sich um Kompetenzen, die die Mitarbeiter*innen der Bib für ihren Job erlangen müssten.

Ida merkt an, dass man jetzt zumindest besser mit dem Rektorat argumentieren könnte, weil es schon wieder einen Vorfall gegeben hat.

Lea antwortet auf Solveigs Rückfrage, dass ein Beschluss des StuPas bezüglich der rassistischen Vorfälle im Oktober vielleicht sogar besser sei, weil es dann eine neue Kanzlerin gäbe, mit der man neu anfangen könne. Außerdem sei die Bib vermutlich ein besonders akutes Problem, weil dort gerade am Abend weniger Leute seien und die Aggressor*innen sich dann mehr trauen würden. Sie denkt, dass

der Antrag mit Fokus auf die Bib geschrieben werden solle und später für Verwaltungsmitarbeitenden ausgeweitet werden könnte. Dies sei hoffentlich einfacher, als selbiges für Professor*innen durchzusetzen.

Solveig merkt an, dass sie keinesfalls die Schuld für den Vorfall bei den Mitarbeiter*innen der Bib suchen möchte. Dass diese nicht dazu verpflichtet werden sollen sich selbst in Gefahr zu bringen oder in eine Situation, in der sie nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Eine Awareness-Schulungen soll ihnen die Möglichkeit geben Handlungsmethoden zu erlernen und letztlich auch die die Sicherheit des Personals in der Bib generieren.

Cornelis merkt an, dass das heute auch nicht beschlossen werden kann, weil nicht zu dem TO-Punkt eingeladen wurde. Dies sei aber auch nicht weiter relevant, weil der allgemeine Konsens einen Beschluss im Oktober präferiert. Außerdem fragt er nach dem Verbleib des Raums der Stille und das es ein Unding sei, dass für muslimische Studierende immer noch keine Möglichkeit gegeben sei zu beten und zurückzuziehen. Außerdem findet er Kurse weniger effektiv, sondern spricht sich dafür aus, das genaue Handlungsrahmen – ein Leitfaden – gegeben werden, wie man sich verhalten muss.

Megan erwidert, dass ein neuer Raum der Stille Anfang nächsten Jahres gebaut werden soll. Das Konzept war nicht abstimmbare und generell hätte der AStA oder der AK Stille wenig Mitbestimmungsrecht erhalten, Frau Ebert hatte vieles allein bestimmt. Außerdem würde Frau Wolff sagen, man sollte lieber einen „Code of Conduct“ schreiben und dies in ein Leitbild Lehre integrieren.

Kristin rät dazu, den Antrag zielgerichtet zu schreiben, also Weiterbildung und Handlungsleitfäden für Mitarbeitende der Bib und der Verwaltung zu fordern; also für alle, die in direktem Kontakt mit Studierenden stehen, also eigentlich auch Dozierende, aber Weiterbildungsprogramme für Dozierende verpflichtend zu machen sei eine „große Shitshow“ gegen die sich die Dozierenden mit Händen und Füßen wehren würden. Es sollte zielgerichtete Workshop und dann jeweilige Handlungsleitfäden geben und auch Dozierende sollten in Zukunft verpflichtet werden sich an solchen Programmen zu beteiligen. An anderen Unis sei das auch verpflichtend.

Lea möchte einen Awareness-Workshop für Interessierten an der Uni. Wenn alle umstehenden sensibilisiert seien, dann könnten alle eingreifen – nicht nur Mitarbeitende der Uni, also sollte man in einem Antrag am besten beides fordern. Bei einer späteren StuPa-Sitzung, so könnte man überlegen, könnte es einen Block „Antirassismus an der BUW“ geben, um Forderungen ausarbeiten und pushen und vielleicht den Job der neuen Antidiskriminierungsbeauftragten ausweiten – eine Art „Leitfaden antirassistisch lehren“

Joshua Gottschalk präzisiert, dass der Kern des Antrags sein sollte alle Gremienmitglieder dazu aufzurufen sich für diesen Antrag einzusetzen.

Cornelis fragt, ob irgendwelche Vermutungen gebe, warum die rassistischen Übergriffe gerade so krass zunehmen würden. Gäbe es mehr Meldungen, eine neue Gruppierung oder doch nur durchgeknallte Einzelpersonen?

Megan erwidert, dass, weil der Draht zur IHG jetzt besser sei, diese Meldungen erst bei den autonomen AStA Referaten ankommen, bevor sie an anderen Stellen gemeldet werden, wenn sie überhaupt an anderen Stellen gemeldet werden.

Felix Pestke gibt aber noch zu bedenken, dass grundsätzlich Kriminalstatistiken aussagen würden, dass Hassverbrechen zunehmen und dass die Uni nicht eingegriffen hatte, als jemand angegriffen wurde (Vorfall vor einiger Zeit, bei der ein muslimischer betender Studi in der Bib von einem Mann körperlich angegriffen wurde) und es diesbezüglich keine Signalwirkung von der Uni gab; die Leute denken jetzt vielleicht, dass das dann keine Konsequenzen für sie. Er möchte, dass das StuPa mit einer

Maximalforderung an den Antrag geht. In Bezug auf Megans Kritik, dass die Uni nur einen Code of Conduct schreibe, sagt er, dass er das gut fände, an anderen Unis hätte das schon Dinge verändern können. Generell sollte man sich an anderen Unis orientieren, was es dort für Maßnahmen und Konzepte gibt.

Ida sagt noch, dass das „voll gut [ist] dass das jetzt gemeldet ist“, kritisiert den Rechtsruck der Uni und stellt konsterniert fest „Scheiße zu sein ist gesellschaftsfähiger geworden“.

*Lio verlässt die Sitzung während der Diskussion, das StuPa bleibt mit 18 Parlamentarier*innen beschlussfähig.*

TOP6 Haushaltsnachträge 2022/23

Empfehlung des Haushaltsausschuss

Beschluss Nachtragshaushalt zugestimmt

Begründung: „Der HHA sieht beim vorgelegten Nachtragshaushalt keine Bedenken und stimmt dem Nachtragshaushalt einstimmig zu.“

Der HHA stimmt dem vorgelegten Nachtragshaushalt zu und empfiehlt dem StuPa dem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

Abstimmung für den Nachtragshaushalts (15/0/3)

Nachtragshaushalt angenommen.

TOP7 Haushalt 2023/24

Kurze Erläuterung von Cornelis zur Sachlage des Haushalt, dieser muss auf drei StuPa Sitzungen behandelt werden:

- 1. Sitzung: Vorstellung*
- 2. Sitzung: Beratung*
- 3. Sitzung: Beschluss*

Heute ist Beschluss-Sitzung

Empfehlung des Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss des Studierendenparlaments der Bergischen Universität Wuppertal hat in seiner 2. Ordentlichen Sitzung am 25.08.2023 den Haushalt 2023/23 sowie den Nachtragshaushalt beraten. Im Folgenden stehen die beiden Beschlüsse mit Begründung:

Beschluss Haushalt 2023/24

Abgelehnt

Begründung: „Eine Kürzung bei 23140 „soziale Härte“ sowie die Einsparungen im Härtefond halten wir für nicht vertretbar. Für ausländische Studierende ist dies von großer Bedeutung, da diese keinen Anspruch auf BaFöG haben und somit auf finanzielle Mittel des Härtefonds angewiesen sind. Durch die Kürzung in diesem Bereich besteht die Gefahr bereits benachteiligte Studierende zusätzlich zu benachteiligen.“

„Auch bei der Erhöhung des Bücheranschaffungen und der Minderung der Ausgaben für Honorare für Referent:innen stehen wir kritisch gegenüber. Hier möchten wir das Referat PoliBi darum bitten nochmal den Nutzen und die Reichweite von Büchern und Vorträgen gegeneinander abzuwägen. Zudem soll geprüft werden ob und wie Buchanschaffungsvorschläge eingereicht werden können.“

„Außerdem stehen wir den Personalkosten der Krabbelgruppe kritisch gegenüber. Wie viele Kinder werden betreut und wie viel Personal ist für deren Betreuung notwendig?“

Der HHA hat den Entwurf für den Haushalt 2023/24 abgelehnt und spricht dem StuPa die Empfehlung aus, den Entwurf in seiner jetzigen Form abzulehnen.

Simon beginnt den Haushalt zu erläutern. Es wird erklärt, dass Einsparungen gemacht werden müssen.

1. Faktor: Studierendenzahl sinkt im Vergleich zum vorherigen Semester, also gäbe es weniger Beiträge
2. Faktor: TVL-Personalkosten werden um 10 Prozent erhöht werden (Verwaltung, Shop, KiTa). Beim Ausrechnen hat Finanzen nicht bedacht, dass die Studierendenzahlen sinken (auch wenn der Beitrag schon angehoben wurde), außerdem erhöhen sich die FZS-Beiträge, was in der neuen Haushaltsplanung ebenfalls nicht bedacht wurde.

Finanzen sagt auch, dass der Abschluss sind noch nicht da ist und die Überschüsse wahrscheinlich so hoch sein werden, dass die meisten Kürzungen rückgängig gemacht werden könnten. Der Haushaltsplan sei deswegen ein „Worst Case“ Szenario.

Simon möchte mehr Zinsen von der Sparkasse erhalten und sieht diese als potentielle Einnahmequelle. Das Zinsgeld sei frei und könnte deswegen ungebunden genutzt werden.

Kai fragt, ob von den 500€ im Titel Sonstige schon viel verbraucht wurde, weil dieser Titel in seiner Rechnung steigt.

Simon erwidert, dass erst 72€ verbraucht wurden.

Weiter möchte Kai wissen, ob die Fachschaften mal was von den Überschüssen, die sich in ihrem Budget sammeln, abgerufen hätten.

Simon antwortet, dass der FSRK diesbezüglich bei den Fachschaften nachgefragt hätte und jetzt viele Fachschaften die Überschüsse zurückgezahlt bekommen wollten.

Kai merkt an, dass, sollte das Ticketgeld wegfallen, es zu erheblichen Problemen im Haushalt kommen würde.

Simon erzählt davon, dass sich der AK-Shop endlich wieder getroffen habe und Maßnahmen beschlossen habe, auch weil der Shop deutlich teurer wird, vor allem durch die Personalkosten, die steigen werden. Die Maßnahmen sind unter anderem mehr Werbung, EC-Kartenzahlung.

Simon stellt eine Stellungnahme von Tilmann vor, dass dem StuPa-Präs zukommen sollte, aus Versäumnissen im Haushaltsausschuss, AStA-Finanzen und Ähnlichen hatte das Präs diese nicht erhalten. Tilmann fordert in seiner Stellungnahme eine Fristsetzung für den AK-Shop, wie mit dem Shop verfahren werden solle und ob die Maßnahmen bis dato gefruchtet hätten.

Solveig äußert starke Kritik daran, dass diese Nachricht nicht ans Präs gekommen ist; wie solle gehandelt werden, wenn dem Präs nicht alle Informationen zukommen würden.

Simon weiß nicht, woran das Problem lag, irgendwer hätte versäumt das weiterzuleiten, Simon sehe da aber auch nicht sich in der primären Verantwortung.

Simon ergänzt weiter, dass 10.000 € mehr für die Personalkosten eingeplant seien. Die Maximalforderung der Verhandlungen liege bei einer 10-Prozent-Erhöpfung, der Ausgang der Verhandlungen sei jedoch noch nicht klar, man wolle jedoch mit dem höchsten rechnen, damit es nicht zu großen Negativabweichungen kommen könne.

GO-Antrag auf eine kurze Pause, keine Gegenrede. Pause bis 21:11 Uhr.

Das Budget der autonomen Referate des AStAs (Frauen*, Queer und BiPoC) wurden auf -900€ gesenkt, was von einigen StuPa Mitgliedern als problematisch angesehen wird, weil diese eigentlich angehoben werden sollten.

Vincent äußert Kritik an den Kürzungen der Honorare um ein Fünftel. Dies empfindet er als „irgendwie frech“.

Selin beklagt, dass das Honorar des BiPoC-Referats gerade erst durch einen StuPa-Beschluss erhöht wurde und jetzt direkt vom AStA wieder gekürzt werden soll.

Lea und Megan sagen, dass die Erhöhung nur für dieses Haushaltsjahr galt und von Anfang an klar war, dass diese nur kurzfristig war. Das StuPa könnte jedoch seine Priorität auf die Erhöhung legen.

Ida stellt einen Änderungsantrag: Ich beantrage, dass die Haushaltstiteln der autonomen Referate 23452, 23454, 23456 um jeweils 400€ erhöht werden (1.200€ = 3x400€). Diese Erhöhung soll durch eine Reduktion des Titels 23128 um 1.200€.

Wird am Ende der Vorstellung mit dem gesamten Haushalt abgestimmt.

Kristin ruft zur Ordnung, weil die Mitglieder sich anfangen, sich gegenseitig dranzunehmen, statt der Redeliste des StuPas zu folgen.

Megan bemerkt, dass irgendwo ein Rechenfehler im Haushalt sei, aber wo, wüsste sie so schnell nicht. Der Haushalt sei aber trotzdem ausgeglichen, aber irgendwas stimmt nicht ganz.

Lea ergänzt, dass sich der Haushalt im Laufe der Zeit korrigiert, wenn es reale Einnahmen gibt.

Cornelis hat Anmerkungen:

- Es gibt politische Projekte, „die wir so nicht finanzieren können, weil...“, dies findet er schwierig, gerade das der Shop dann immer noch getragen wird, dass dies immer wieder angesprochen und immer wieder vertagt wird. Man nutzt das Geld nicht, das man im Shop einsparen könnte, er sieht keinen Mehrwert mehr für die Studierendenschaft.
- FZS-Beitrag kritisiert er ebenfalls und sagt, dass die Jusos nicht umsonst dagegen waren denn „hier werden 17 Tausend Euro verbrannt“.
Joshua Gottschalk sagte, dass würde sich lohnen, weil die den AStA unterstützen würden. Sieht Corni „jetzt eher nicht so“.
- Außerdem seien die Einnahmen drastisch gestiegen, wo würde das ganze Geld hingehen?
- Die Darlehen seien „so krass gestiegen“, warum das?
- Außerdem hat er Fragen zum BGA (Betrieb gewerblicher Art)
- Und wieso der AStA Telefone und so viele Bücher kauft

Cornelis will wissen, wie es zur Einschätzung kommt, dass durch den Abschluss mehr Geld reinkomme. Simon erklärt, es gäbe Töpfe, die in diesem Haushalt nicht ausgeschöpft werden, das Geld wäre überschüssig und könnte anderweitig verwendet werden.

Corni fragt nach der Sparkasse als AStA-Bank, von der sich Simon Zinsen erhofft. „Thema wir reden viel und machen wenig“ sagt er, da der AStA in der letzten Amtszeit beschlossen hatte, den Wechsel zu einer alternativen, nachhaltigen Bank anzustreben.

Lea erklärt, dass die Zinsen sowohl bei Ökobank als auch bei Sparkasse steigen würde. Herr Franz ergriff da Initiative. Die Verträge für einen Bankwechsel würden seit mindesten 2 Monaten beim Vorsitz liegen, die wären keine leichte Kost, deswegen sei das untergegangen und „dauert länger als uns gerade lieb ist“.

Weiter möchte Cornelis wissen, warum sich die Darlehen fast vervierfacht hätten.

Simon sagt, dass wenn die Studierendenzahlen steigen, auch die potentiell beantragten Darlehen steigen.

Corni will wieder wissen, warum der Zuschuss für den BGA so „dramatisch gestiegen“ sei.

Lea sagt, dass läge an „Security, Shop, Lohnsteigerungen“

Ein Zwischenruf von Joshua Gottschalk ergänzt, dass dieser oft auch rückwirkend gelte.

Cornelis möchte wissen, warum der AStA Handys benötige.

Felix Pestke erklärt, dass, wenn Leute keine Privatnummer haben, das „echt doof“ ist. Die müssten auch nicht so teuer sein, Hauptsache man könnte Privat und AStA dahingehend besser trennen und schützen.

*Ronja verlässt die Sitzung um 21:38 Uhr, das Parlament bleibt mit 17 Parlamentarier*innen beschlussfähig.*

GO-Antrag von Florian auf Ende der gesamten Debatte.

Gegenrede von Solveig, dass der politische Diskurs, vor allem zu einem so wichtigen Thema wie dem Haushalt nicht einfach beendet werden sollte, nur weil er und manche anderen keine Lust mehr hätten. Niemand sei gezwungen hier zu sein; weder in der Sitzung noch sich überhaupt wählen zu lassen. Sie fordert mehr Ernsthaftigkeit und Respekt vor den Mitgliedern des StuPas und dem StuPa selbst.

Abstimmung über den GO-Antrag (3/11/3) Antrag abgelehnt, Debatte geht weiter.

Lea erklärt noch zu den Handys, dass sie die Privatsphäre schützen sollen und eine schnelle Informationsweitergabe garantieren könnten und die könnten „trotzdem mal [im AStA] hiergelassen werden und man ist nicht immer erreichbar“, für Pressemitteilungen von der Uni könnte eine Dienstnummer ebenfalls hilfreich sein.

Kai fragt nach der Möglichkeit, dass Cedric eine Rufumleitung für die Handys der Referent*innen einrichtet.

Lea sagt, Cedric hätte gesagt kann/will/macht er nicht.

Felix Pestke möchte zu Protokoll geben, dass die Oppositionsarbeit voll gut sei, er müsse aber trotzdem gleich gehen. Er möchte noch erwähnt haben, dass der FZS-Beitritt und damit auch die erhöhten Zahlungen gut für anstehende Schulungen seien. Shop kann jetzt sowieso nicht beschlossen werden.

Von Lea folgt eine „herzliche Einladung zum AK-Shop“.

Megan gibt zu bedenken, dass nicht über Personal geredet werden darf, ohne dass die Personal-Chefin vor Ort sei. Das nächste Treffen des AK-Shop finde am 21.09.2023 15 Uhr statt.

Cornelis möchte sich bei Joshua Gottschalk entschuldigen für einen spontanen Wutausbruch, das „war eine Überreaktion, die so nicht ok war“.

Joshua Gottschalk nimmt die Entschuldigung an.

Cornelis weist auf die Etatverantwortung des Parlaments hin, und er findet es unmöglich von der Opposition, dies nicht ernst zu nehmen.

Weiter will Cornelis wissen, warum der Titel Getränke und Verzehr gestiegen ist.

Lea erklärt, dass im letzten Jahr Eigenbedarf abgerechnet wurde, was vorher nicht passiert sei.

Cornelis wünscht sich, mal wieder, dass der Haushalt etwas transparenter gestalten werden würde, lobt aber auch Simon, „dass das jetzt so gut erklärt wurde, aber wer nicht da war wirds trotzdem nicht verstehen“, auch wenn sich Solveig im Protokoll Mühe geben wird. Dafür sei der Haushalt einfach zu komplex und zu wenig aufgearbeitet.

*Das StuPa äußert positives Feedback gegenüber der Protokollant*in, weil sie sich so Mühe mit den Protokollen geben würde. Solveig freut sich.*

Lea bekräftigt nochmal Simons großen Einsatz, um den Haushalt „zumindest etwas transparenter zu gestalten“ und auch, dass jetzt der ganze Haushalt veröffentlicht wird.

Megan erklärt, dass die „Ansätze“ jetzt das sind, was früher Kais Kommentare waren, dort sind auch die Berechnungsformeln enthalten, um den Haushalt verständlicher zu machen.

Zum Verständnis: Kai war früher mal AStA-Finanzreferent und hatte sich immer um einen verständlichen Haushalt und transparente Finanzarbeit bemüht.

Kai erklärt an das StuPa, dass man als StuPa-Mitglied die Berechtigung hat, die Haushaltszahlen einzusehen, diese könne man bei Finanzen erfragen.

Cornelis findet es wichtig, nochmal zu erwähnen, dass sich der AStA der Auseinandersetzung mit dem Shop stellen müsse. FZS findet er immer noch schwierig, außer System-Akkreditierung und kostenlos oder kostengünstigere Workshops diesbezüglich würden, wie Felix Pestke es erwähnt hatte, vom FZS übernommen werden. Außerdem will er wissen, warum Kultur immer noch bezuschusst werden muss und was aus der Ankündigung der diversen Kulturarbeit geworden ist, „wo ist die Neuauflage Chopins“, es kämen weniger Veranstaltungen raus, trotz dessen, dass es jetzt weniger Beschränkungen gäbe als in den Jahren zuvor, als noch Coronaauflagen zu bewältigen galten.

Joshua Gottschalk sieht ebenfalls Handlungsbedarf zum Thema Shop. Vielleicht einen eigenen Tagesordnungspunkt zur Evaluation der Maßnahmen des Shops, die vom AK-Shop beschlossen wurden und die Setzung einer Deadline, bis wann bezüglich des Shops eine Entscheidung gefällt werden sollte. Zum BGA sagt er, der Zuschuss wird berechnet und man kann sehen, dass die angewendete Formel nicht ganz akkurat sei und sich das im Laufe des Haushalts erst einpendeln wird.

Lea weist darauf hin, dass die Schätzungen nach damaligen Stand realistisch waren und eine konservative Schätzungen besser sei, man solle „lieber mehr einplanen als zu wenig“. Der AStA und der AK-Shop wären offen für Verbesserungswünsche für den Shop.

Marcel erklärt, dass die Einkaufspreise für Kultur erhöht seien, bei jedem Getränk müsste um die 10 Prozent draufgezahlt werden, deswegen strebe er einen Herstellerwechsel zu Climate an, diese sind 15 Prozent günstiger als Fritz. Man müsse sich erst an die neuen Preise gewöhnen. Außerdem gab es

eine Anpassung der Gagen, um beispielsweise die DJs fair bezahlen zu können und auch mehr weibliche DJs anheuern zu können. Inflation und faire Bezahlung koste natürlich mehr. Er hofft aber auf ein erfolgreicherer nächstes Semester.

Lea hofft darauf, den Zuschuss verringern zu können, man hätte sich aber erstmal dagegen entschieden, die Getränkepreise zu erhöhen, damit die Preise weiter studifreundlich seien und die Leute weiter Getränke bei Veranstaltungen kaufen. Diese aufgeschobene Entscheidung bleibe abzuwarten.

Paul erklärt, dass es eine höhere Vielfalt in der Kultur gäbe. Außerdem seien zwei neue Referent*innen nachgewählt, weil „es einfach zu wenige Leute für zu viel Workload“ gewesen seien. Er hätte aus persönlichen Gründen, die er nicht weiter erläutern möchte, weniger Kapazitäten als er dachte, weswegen er sein Amt in naher Zukunft wieder abgeben wird. Um Transparenz zu bewahren, möchte er so ehrlich sein und hofft er, dass es dann besser für Kultur wird.

Cornelis erklärt, dass das gar nicht seine Kritik gewesen sei. Er hoffe trotzdem, dass nächstes Semester mehr dabei rumkomme.

Simon sagt, er wolle in dieser Angelegenheit des Haushaltes das letzte Wort haben und sich für die Aufmerksamkeit und rege Beteiligung, es habe Spaß gemacht, an der Diskussion bedanken.

Vincent gibt zu Protokoll bezüglich Simon und seiner Freude am Haushalt: „du bist so ein Sadist“.

Es folgt die Abstimmung über den Haushalt mit Änderung von Ida "Ich beantrage, dass die Haushaltstiteln der autonomen Referate 23452, 23454, 23456 um jeweils 400€ erhöht werden (1.200€ = 3x400€). Diese Erhöhung soll durch eine Reduktion des Titels 23128 um 1.200€. realisiert werden“.

Abstimmung 10/6/0 eine Person hat nicht mitabgestimmt Haushalt angenommen.

Felix Pestke verlässt die Sitzung um 22:06 Uhr.

TOP8 Berichte aus den Gremien

Es kommt Unruhe auf. Solveig ruft zur Ordnung und mahnt, dass es unhöflich sei, Lea nicht ausreden zu lassen. Trotzdem kann Lea ihren Bericht nicht wirklich ausführen, daher gibt sie diesen nur stichpunktartig wieder. Die Ausführlichkeit des Berichts ist dem redaktionellen Nachtrag durch Lea und die Protokollantin zu verdanken.

Lea berichtet, vom Semestergespräch, dass der AStA angesprochen hat, dass die Uni ein Konzept braucht, falls während Klausuren gestreikt wird und Menschen dadurch nicht zur Uni kommen können. Frau Buch hat sich im Nachhinein gemeldet und schrieb zu dem Thema:

„ [...] Das trifft ja nicht nur Studium und Lehre, sondern auch die Beschäftigten. In der Regel würde ich immer so vorgehen:

- *Abstimmung mit der Rektorin/dem Rektorat und den Dekan*innen (Maßnahmen je nach Lage, z.B. Aussetzen der Anwesenheitspflicht, kein Fehlversuch bei Nicht-Erscheinen zu einer Klausur)*
- *Bitte an die Dekan*innen Lehrende zu informieren, die dann wiederum über moodle etc. Studierende informieren sollten*
- *Information über Webseite, soziale Medien / Information an den AStA*

Im Vorfeld kann man das nicht immer regeln (ob der Sturm vermutlich NRW treffen wird, weiss man in der Regel nicht vier Tage vorher, auch bei einem Streik kann bis zu letzten Minute noch alles abgewendet werden), aber die Abstimmung geht schnell, so dass die Informationen auch schnell „rausgehen“).

[...]“. Lea betont, dass es ihr vor allem wichtig war, dass Studierende frühzeitig informiert werden und keine Unsicherheiten entstehen. Außerdem sollen natürlich niemandem Nachteile entstehen.

Auch der Bib-Übergriff wurde nochmal angesprochen. Die Diskussion hat sich ziemlich im Kreis gedreht und wurde als nicht besonders zielführend empfunden. Die ursprüngliche Forderung der studentischen Vertretung nach Awareness-Workshops wurde nicht verstanden. Am Ende konnte sich immerhin darauf geeinigt werden, dass ein AK gegründet werden soll, der sich mit den Themen „Sicherheit“ und „Sicherheitsgefühl“ auf dem Campus beschäftigen soll. Ggf. sollen auch Veranstaltungen organisiert werden. Lea hat sich gewünscht, dass die IHG zu diesem AK eingeladen wird.

Die Stalking-Vorfälle wurden ebenfalls thematisiert. Mitglieder des Rektorats waren der Meinung, dass die Uni auch bei einer auffällig hohen Zahl an anonymen Meldungen reagieren kann. Für das weitere Vorgehen wurde besprochen, dass wir die Meldungen anonymisieren und uns mit Frau Martin aus dem Justizariat in Verbindung setzen. Sie hat vom Rektorat dann das Mandat zu prüfen, was geht. Es wurde dann von einem Fall an einer anderen Uni berichtet, wo jemand ein Teilhausverbot bekommen hat und sich quasi nur noch zu seinem Büro und nirgendwo sonst hin bewegen durfte. Es klang das so, als wäre sowas nur mit Anzeigen möglich, aber das wird sich ja dann alles zeigen. Das Drängen auf vernünftige Richtlinien wurde nicht aufgegriffen.

Außerdem ging es darum, dass der AStA die gestiegene Anzahl von Veranstaltungen von Uni-Stellen nicht länger stemmen kann. Die Betriebsvereinbarung sieht zwar vor, dass keine Miete berechnet werden darf, die Anwesenden sahen aber kein Problem darin, dass der AStA eine Aufwandserstattung bekommt. In diesem Zuge ging es auch kurz um Versicherungen und Haftungsausschuss.

Lea und Joris treffen sich morgen mit dem Hochschulsport. Es wird um den neuen Ehrenkodex und sexualisierte Gewalt im Sport, Möglichkeiten für ein queeres Angebot und die durch die Erhöhung des Beitrags nötige Vertragsanpassung gehen. Lea bittet alle darum, ihr weitere Themen mitzugeben, die die AStA-Mitglieder vielleicht noch auf dem Schirm haben.

außerdem bemüht sich der AStA im Moment Kartenzahlung im Shop und auf Partys zu ermöglichen. Zu diesem Thema und zu der Frage, wie AStA-Geld besser angelegt werden kann, gibt es hoffentlich demnächst einen Termin mit der Sparkasse.

Der Vorsitz ist nach wie vor auf der Suche nach einer guten Versicherungsberatung, um die Verträge des AStAs zu sortieren, zu prüfen und ggf. neu zu bewerten. (Alles dringend nötig!) Leider haben die bisher kontaktierten noch nicht reagiert. Der Vorsitz freut sich über entsprechende Empfehlungen.

Die Ersti-Broschüre sind komplett neu aufgelegt und verkürzt, so dass sie hoffentlich auch tatsächlich komplett gelesen werden.

TOP9 Hochschule und Hochschulpolitik

Der AStA bietet einen Awareness-Workshop an, in diesem sind noch Plätze frei, wer also möchte, kann sich über Kultur anmelden.

TOP10 Anträge

Es lag ein Antrag zu einer Satzungsänderung vor, den Mine Fachinger eingereicht hatte. Jedoch wurde in der Einladung vergessen für diesen Tagesordnungspunkt explizit einzuladen – was bei einer Satzungsänderung zwingend notwendig ist.

Daher muss die Satzungsänderung auf der nächsten StuPa-Sitzung im Oktober abgestimmt werden.

TOP11 Sonstiges und Termine

CSD-Wuppertal: 09.09. um 14 Uhr am Rathausplatz in Barmen
Programm des Frauen*- und des Queer-Referats

- Vernissage: 11.09. um 18 Uhr
- Workshop: 13.09., 14-17 Uhr „bearing witness with the skin – Practicing care & archiving bodies in queer photography“
- Paint & Sip: 14.09., 19 Uhr – open end „süßes zusammensitzen und malen bei einem Gläschen Wein (Material wird bereitgestellt)
- Workshop: 15.09., 14-17 Uhr „zine-making workshop: guerilla fighting for justice in academic institutions“
- Finissage: 16.09. um 18 Uhr Party mit DJ Pyya

Aufruf der DGB & Falken zur Demo in Berlin gegen die Kürzung des Haushalts im Bereich Kinder- und Jugendarbeit: 20.09. um 10 Uhr in Berlin

- Gemeinsame Anreise Köln Hbf: 03:30 Uhr
- Gemeinsame Anreise Essen Hbf: 04:30 Uhr
- Gemeinsame Anreise Bielefeld Hbf: 6:00 Uhr

AK-Shop: 21.09.2023 15 Uhr

AStA-Awarness-Workshops: 23.09 und 24.09, 10-18 Uhr

Termine

Die Sitzung wird um 22:10 Uhr durch Kristin beendet.

Solveig Klebert

Kristin Krebs

Erik Bamfaste